

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 3. Oktober 1968

Nummer 40

Zur Entwicklung der Beschäftigung in der DDR

Die endgültigen Ergebnisse der am 31. Dezember 1964 in der DDR durchgeführten Volks- und Berufszählung liegen nun vor¹. Sie vermitteln ein geschlossenes Bild der sozioökonomischen Struktur der mitteldeutschen Bevölkerung: Von der Volkszählung erfaßt wurden auch die Angehörigen der Volksarmee, der Polizei und sonstiger militärähnlicher und gesellschaftlicher Organisationen u. a., die Beschäftigten im Uranerzbergbau sowie in Rüstungsbetrieben, über die in den laufenden amtlichen Beschäftigtenstatistiken nicht berichtet wird. Aufbauend auf den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung wurde die unter Verwendung anderer statistischer Daten und Hinweise geschätzte Beschäftigtenzahl und -struktur bis zum Jahre 1967 fortgeschrieben; frühere Schätzungen sind dabei in einigen Punkten korrigiert worden².

Altersstruktur der Bevölkerung in der DDR
in vH

Jahresende	Kinder unter 15 Jahren	Personen im alter	
		Erwerbs- ¹⁾	Renten- ²⁾
1960	21,4	61,0	17,6
1961	22,2	59,8	18,0
1962	22,7	59,1	18,2
1963	23,3	58,5	18,2
1964	23,8	57,8	18,4
1965	23,8	57,6	18,6
1966	23,8	57,4	18,8
1967	23,8	57,2	19,1

¹⁾ Männer von 15 bis unter 65 Jahren, Frauen von 15 bis unter 60 Jahren. — ²⁾ Männer 65 Jahre und darüber; Frauen 60 Jahre und darüber.
Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, 1962 bis 1968.

Ungünstige Bevölkerungsstruktur

Noch immer wird die Alters- und Geschlechtsstruktur der mitteldeutschen Bevölkerung durch die Folgen zweier Weltkriege und die hohen Abwanderungen bis 1961 bestimmt: Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist seitdem in der DDR von 61,0 vH auf 57,2 vH gesunken, wobei der Rückgang bei den Frauen (1960: 58,8 vH; 1967: 54,3 vH) stärker ausfiel als bei den Männern (1960: 63,7 vH; 1967: 60,7 vH). Im gleichen Zeitraum hat sich demgegenüber der Anteil der Personen im Rentenalter erhöht; er erreichte Ende 1967 bei den Frauen 24,3 vH (1960: 22,2 vH) und bei den Männern 12,8 vH (1960: 12,0 vH).

Diese sich auf die Entwicklung der Beschäftigten negativ auswirkenden Tendenzen werden zunächst anhalten. Bis zum Jahre 1970 wird der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter auf 56,8 vH zurückgegangen sein und erst im Jahre 1975 wieder den Anteil der Jahre 1966/1967 erreichen. Danach wird das Arbeitskräftepotential überproportional zur Gesamtbevölkerung wachsen.

Beschäftigungszunahme durch wachsende Frauen- und Rentnerarbeit

Obwohl die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter seit 1960 ständig zurückgegangen ist, konnte der

¹ Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964. Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Berlin (Ost), 1967.

² Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 44/1966 und Peter Mitscherling: „Zur Entwicklung der sozialen Struktur der mitteldeutschen Bevölkerung“. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1964, S. 281 ff. — Die Berechnung erfolgte abermals auf der Grundlage von Jahresdurchschnitten.

Beschäftigungsrückgang 1964 aufgehoben werden. Seitdem hat sich in der DDR die Zahl der Beschäftigten wieder (um rund 2 vH) erhöht. Diese angesichts der ungünstigen Altersstruktur bemerkenswerte Entwicklung ist einmal auf die seit 1963 wieder wachsende Zahl von Lehrlingen, im übrigen aber ausschließlich auf die vermehrte Beschäftigung von Hausfrauen und Rentnern zurückzuführen³.

So konnte der für die Jahre 1960 bis 1967 festzustellende Rückgang bei den männlichen Beschäftigten um 3,6 vH durch die um 3,7 vH (140 000) gestiegene Zahl berufstätiger Frauen nahezu ausgeglichen werden. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat sich im gleichen Zeitraum von 43,3 vH auf 45,2 vH erhöht.

Die mitteldeutsche Erwerbsquote (Beschäftigte in vH der Gesamtbevölkerung) erreichte 1967 mit 50,5 eine Größe, die deutlich über der westdeutschen (45 vH) liegt, obwohl selbst diese im internationalen Vergleich schon als recht hoch zu bezeichnen ist. Im gleichen Jahr waren in der DDR 77 vH der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter berufstätig (Bundesrepublik: 52 vH⁴), während der

Anteil 1960 mit 67 vH (BRD: 51 vH) noch wesentlich darunter gelegen hatte.

Berücksichtigt man dabei die Schüler im erwerbsfähigen Alter und die Studenten, so erhöht sich diese Quote — die bei den Männern Vollbeschäftigung bestätigt — bei den Frauen auf 78 vH. Dies kann als Kennzeichen dafür gelten, daß bis auf kinderreiche Mütter und Mütter mit Kleinkindern wohl nahezu alle Frauen in den Arbeitsprozeß einbezogen sind.

Strukturveränderungen

Die Zahl der *Arbeiter und Angestellten* ist seit 1960 um rund 75 000 gewachsen; ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat sich dadurch leicht (von 77,5 vH auf 78,7 vH) erhöht. Begleitet war diese Entwicklung von starken Veränderungen innerhalb dieser Gruppe in der Zusammensetzung nach Geschlechtern. Die Zahl der männlichen Arbeiter und

³ Da vor allem dieser Kreis von Berufstätigen häufig nur eine Teilzeitbeschäftigung ausübt, die Veränderungen im Umfang der Teilzeitbeschäftigung jedoch nicht bekannt sind, verbleibt sich hinter der gestiegenen Zahl der insgesamt Beschäftigten möglicherweise nur eine geringfügige Zunahme, Konstanz oder gar ein leichter Rückgang des Beschäftigungsvolumens.

⁴ Berechnet nach vergleichbarer Altersgruppe, d. h. Frauen von 15 bis unter 60 Jahren.

Beschäftigte nach Beschäftigungsgruppen in der DDR

Gruppen	1960		1964		1965		1966		1967	
	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.
Jahresdurchschnitte, in 1000 Personen										
Arbeiter und Angestellte	6 715	3 815	6 655	3 675	6 690	3 680	6 745	3 680	6 790	3 675
Industrie ¹⁾	3 010	1 835	2 870	1 740	2 880	1 745	2 885	1 735	2 900	1 735
Sonstige produzierende Bereiche	905	680	825	620	850	625	850	620	855	625
Handel, Post und Verkehr	1 280	610	1 330	615	1 320	605	1 325	600	1 330	595
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion ²⁾	1 520	690	1 630	700	1 640	705	1 685	725	1 705	720
Lehrlinge ³⁾	330	200	325	185	360	195	385	220	435	250
Beschäftigte Arbeitnehmer, gesamt	7 045	4 015	6 980	3 860	7 050	3 875	7 130	3 900	7 225	3 925
Genossenschaftsmitglieder	845	475	1 075	610	1 075	610	1 070	610	1 065	610
Selbständige Erwerbspersonen	440	330	270	210	260	200	250	195	240	190
Mithelfende Familienangehörige ⁴⁾	330	85	130	15	110	5	100	5	95	5
Beschäftigte, insgesamt	8 660	4 905	8 455	4 695	8 495	4 690	8 550	4 710	8 625	4 730
darunter: Beschäftigte im Rentenalter	590	280	650	310	650	320	655	320	660	320
Erwerbsquote ⁵⁾	50,2	63,2	49,8	60,6	49,9	60,4	50,1	60,4	50,5	60,3
in vH der Beschäftigten										
Arbeiter und Angestellte	77,5	77,8	78,7	78,3	78,8	78,5	78,9	78,1	78,7	77,7
Industrie ¹⁾	34,7	37,4	33,9	37,1	33,9	37,2	33,7	36,8	33,6	36,7
Sonstige produzierende Bereiche	10,4	13,9	9,8	13,2	10,0	13,3	9,9	13,2	9,9	13,2
Handel, Post und Verkehr	14,8	12,4	15,7	13,1	15,5	12,9	15,5	12,7	15,4	12,6
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion ²⁾	17,6	14,1	19,3	14,9	19,3	15,0	19,7	15,4	19,8	15,2
Lehrlinge ³⁾	3,8	4,1	3,8	3,9	4,2	4,2	4,5	4,7	5,0	5,3
Beschäftigte Arbeitnehmer, gesamt	81,3	81,9	82,6	82,2	83,0	82,6	83,4	82,8	83,8	83,0
Genossenschaftsmitglieder	9,8	9,7	12,7	13,0	12,6	13,0	12,5	13,0	12,3	12,9
Selbständige Erwerbspersonen	5,1	6,7	3,2	4,5	3,1	4,3	2,9	4,1	2,8	4,0
Mithelfende Familienangehörige ⁴⁾	3,8	1,7	1,5	0,3	1,3	0,1	1,2	0,1	1,1	0,1
Beschäftigte, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter: Beschäftigte im Rentenalter	6,8	5,7	7,7	6,6	7,7	6,8	7,7	6,8	7,7	6,8

¹⁾ Einschl. der nicht von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Beschäftigten in der Industrie (Uranerzbergbau u. a.). — ²⁾ Einschl. Soldaten und Angehörige sonstiger militärischer Organisationen. — ³⁾ Einschl. der nicht von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Lehrlinge. — ⁴⁾ Einschl. der in bäuerlichen Hauswirtschaften tätigen Angehörigen von Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. — ⁵⁾ Beschäftigte insgesamt in vH der Bevölkerung.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR 1960/61 bis 1968. — Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964, Hrg.: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1967. — Berechnungen und z. T. Schätzungen des DIW.

Beschäftigte¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen in der DDR

Bereiche	Jahresdurchschnitte, in 1000 Personen					Anteile in vH				
	1960	1964	1965	1966	1967	1960	1964	1965	1966	1967
Industrie	3 155	3 015	3 035	3 060	3 095	36,5	35,7	35,7	35,8	35,9
Bau	500	510	520	525	535	5,8	6,0	6,1	6,1	6,2
Produzierendes Handwerk	460	420	420	425	435	5,3	5,0	5,0	5,0	5,0
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1 475	1 310	1 305	1 285	1 260	17,0	15,5	15,4	15,0	14,6
Verkehr	400	440	435	430	430	4,6	5,2	5,1	5,0	5,0
Post	130	130	130	135	135	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6
Handel	920	900	910	905	915	10,6	10,6	10,7	10,6	10,6
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion	1 620	1 730	1 740	1 785	1 820	18,7	20,5	20,5	20,9	21,1
Zusammen	8 660	8 455	8 495	8 550	8 625	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Einschl. der von der amtlichen Statistik nicht ausgewiesenen Beschäftigten und einschl. Lehrlinge.
 Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR 1960 bis 1968. — Berechnungen des DIW.

Angestellten ging weiter zurück und lag 1967 um 3,7 vH unter der des Jahres 1960; doch konnte dieser Rückgang durch eine starke Ausweitung der Frauenbeschäftigung mehr als ausgeglichen werden. Die Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten stieg um 215 000, ihr Anteil von 43,2 vH (1960) auf 45,9 vH (1967).

Wieder zugenommen hat seit 1963 auch die *Lehrlingszahl*, nachdem nunmehr hier die Folgen des Krieges — gekennzeichnet durch schwach besetzte Geburtsjahrgänge — sowie der Übergang zur zehnjährigen Schulausbildung überwunden sind und jetzt stärker besetzte Geburtsjahrgänge ins Berufsleben eintreten.

Die Entwicklung der Zahl der *Genossenschaftsmitglieder* und *Selbständigen* wurde im Berichtszeitraum durch die Kollektivierungsmaßnahmen — vor allem in der Landwirtschaft — beeinflusst. Als ihre unmittelbare Folge stieg 1960/61 die Zahl der landwirtschaftlichen und handwerklichen Genossenschaftsmitglieder sprunghaft, während die Zahl der selbständigen Bauern und Handwerker etwa in gleichem Umfange fiel. Da jedoch die Zahl der landwirtschaftlich Beschäftigten allein schon aus strukturellen Gründen schrumpft und das Handwerk mehr oder weniger stagniert, ist die Zahl der Genossenschaftsmitglieder seit 1963 wieder rückläufig. Auch die Zahl der Selbständigen hat sich weiter verringert — ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung ist mit 2,8 vH nahezu bedeutungslos geworden. Dagegen ist der Rückgang bei den *mithelfenden Familienangehörigen* — vor allem in der Landwirtschaft — sowohl auf die Kollektivierung als auch auf strukturelle Ursachen zurückzuführen.

Die Veränderungen innerhalb der *Wirtschaftsbereiche* sind typisch für eine wachsende Industriegesellschaft: Die Beschäftigung in der Landwirt-

schaft geht zurück, während die Dienstleistungsbereiche, d. h. die Bereiche außerhalb der materiellen Produktion, expandieren. Der Übergang zur industriellen Produktionsweise und Kooperation ermöglichten Arbeitskräfteeinsparungen, so daß Beschäftigte aus der Landwirtschaft in andere Bereiche überwechseln konnten. Entsprechend ist der Anteil der Landwirtschaft an den Beschäftigten von 17,0 vH 1960 auf 14,6 vH 1967 zurückgegangen. In den Dienstleistungsbereichen dagegen, in denen weit weniger Rationalisierungsmöglichkeiten bestehen, kann eine wesentliche Leistungssteigerung nur mit zusätzlichen Arbeitskräften erreicht werden. So erhöhte sich auch der Anteil der Beschäftigten in den Bereichen außerhalb der materiellen Produktion — ihre Zahl stieg um 200 000 — von 18,7 vH im Jahre 1960 auf 21,1 vH im Jahre 1967. Die Beschäftigung im Verkehr, Post- und Fernmeldewesen erhöhte sich geringfügig, während sie im Handel trotz einer gestiegenen Zahl von Selbstbedienungsläden und verstärkter Konzentration nicht verringert werden konnte — eine Folge des schrittweisen und inzwischen abgeschlossenen Übergangs zur Fünf-Tage-Woche. Dagegen konnten die das Wirtschaftswachstum primär bestimmenden Bereiche (Industrie, Bau und produzierendes Handwerk) ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigung nicht halten: Er lag 1967 infolge einer um rund 50 000 niedrigeren Beschäftigtenzahl bei 47,1 vH (1960: 47,6 vH).

Ausblick

Die angespannte Arbeitskräftesituation wird in der DDR in den nächsten Jahren anhalten. Nennenswerte Reserven sind nicht mehr verfügbar. Sie beschränken sich auf eine relativ geringe Zahl nichtbeschäftigter Hausfrauen mit Kindern sowie arbeitsfähiger Rentner. Die Bemühungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsführung werden sich des-

halb darauf konzentrieren, diese letzten Reserven zu mobilisieren. Die Errichtung weiterer Kindergärten und -krippen soll u. a. die Voraussetzung dafür schaffen, noch nicht berufstätige Hausfrauen zur Aufnahme wenigstens einer Teilzeitbeschäftigung zu bewegen. Zudem wird sicherlich eine steigende Erwerbstätigkeit der Rentner angestrebt. Schließlich könnte die Zahl der Beschäftigten durch Gastarbeiter aus den benachbarten sozialistischen Ländern — wo teilweise Unterbeschäftigung herrscht — ergänzt werden. Allerdings sind entsprechende Versuche, Gastarbeiter aus Polen und Ungarn in größerer Zahl zu beschäftigen, bisher

offenbar ohne nennenswerten Erfolg geblieben. Auch die Verlagerung neuzugründender Betriebe in Bezirke, in denen wegen ihrer agrarischen Wirtschaftsstruktur (Mecklenburg) noch unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung (mithelfende Familienangehörige) zusätzliche Arbeitskräfte geworben werden könnten, bietet wegen der mangelhaften Qualifikation dieser Kräfte — zumindest kurzfristig — keinen erfolgversprechenden Ausweg. Die Wirtschaft der DDR ist folglich in den nächsten Jahren mehr denn je darauf angewiesen, Wirtschaftswachstum über Produktivitätssteigerungen zu erzielen.

Der voraussichtliche Erdgasabsatz in der Bundesrepublik im Jahre 1975

Nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung¹ verfügt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig über sichere und wahrscheinliche Erdgasvorräte in Höhe von rund 275 Mrd. Nm³ (Stand 1.1.1968). Gegenüber dem Jahr zuvor haben sich diese Vorräte trotz einer Entnahme von 3,7 Mrd. Nm³ noch um 33 Mrd. Nm³ erhöht — eine Folge der stark intensivierten Lagerstättenexploration. Über die sicheren und wahrscheinlichen Erdgasvorräte hinaus werden weitere Vorräte in der Größenordnung von 350 Mrd. Nm³ für möglich gehalten¹.

Aufgrund dieser Vorratsmengen rechnet die deutsche Gaswirtschaft in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Anstieg der Erdgasförderung. Legt man die zwischen den inländischen Produzenten und den Ferngasgesellschaften bisher kontrahierten Abnahmemengen zugrunde, so wird die Förderung 1975 über 17 Mrd. Nm³ betragen.

Die Zunahme der Erdgasförderung wird in den verschiedenen Erdgasprovinzen der Bundesrepublik sehr unterschiedlich sein. Während die größten Vorräte im Gebiet der Weser und Ems liegen — und damit dort die Förderung langfristig am stärksten erhöht werden kann —, haben sich die Erdgasvorräte im Oberrheintalgraben seit 1963 sogar verringert. In der dritten Erdgasprovinz Deutschlands, dem Alpenvorland, werden die Erdgasvorräte langfristig wohl ebenfalls abnehmen, da neue Lagerstätten größeren Umfangs bisher nicht wieder entdeckt worden sind.

Diese regional sehr unterschiedlichen Erdgasvorräte sind für den künftigen Erdgasabsatz in der Bundesrepublik allerdings nicht allein entscheidend. Aufgrund des ausgedehnten Netzes von Ferngasleitungen wird es 1975 möglich sein, Erdgas weit-

¹ Erdölinformationsdienst, 21. Jahrgang 1968, Nr. 43, S. I/II.

Erdgasvorräte in der Bundesrepublik
Stand am Jahresanfang

Gebiet	Sichere Vorräte		Wahrscheinliche Vorräte		Zusammen			
	1966	1968	1966	1968	1966	1968	1966	1968
	in Mrd. Nm ³				in vH			
Zwischen Elbe und Weser	1,2	5,1	0,4	2,9	1,6	8,0	0,7	2,9
Zwischen Weser und Ems	78,5	106,4	31,6	43,1	110,1	149,5	50,0	54,6
Westlich der Ems	22,9	19,6	5,4	10,4	28,3	30,0	12,8	10,9
Emsmündung	60,0	62,5	10,0	13,0	70,0	75,5	31,8	27,6
Oberrheintal	0,3	0,2	—	—	0,3	0,2	0,1	0,1
Alpenvorland	7,5	8,2	2,7	2,6	10,2	10,8	4,6	3,9
Insgesamt	170,4	202,0	50,1	72,0	220,5	274,0	100,0	100,0
Anteile in vH	77,3	73,7	22,7	26,3	100,0	100,0		

Quelle: Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft, VIK, Essen, Tätigkeitsbericht 1966/67, S. 38.

gehend unabhängig von regional bedeutsamen Lagerstätten im ganzen Bundesgebiet anzubieten.

Zu dem steigenden Erdgasangebot aus deutschen Lagerstätten kommt der Erdgasimport aus dem niederländischen Raum. Die holländischen Lagerstätten enthalten Erdgasvorräte von über 2000 Mrd. Nm³. Die mit den holländischen Erdgasproduzenten bisher abgeschlossenen Verträge be-laufen sich einschließlich der Option auf weitere Erdgasmengen auf Lieferungen von rund 11 Mrd. Nm³ im Jahre 1975.

Das gesamte Erdgasangebot aus deutschen und holländischen Lagerstätten wird demnach im Jahre 1975 voraussichtlich etwa 28 Mrd. Nm³ betragen. Bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Eigenschaften des Erdgases aus den verschiedenen Erdgasfeldern bzw. der unterschiedlichen Heizwerte je Nm³ sind das rund 35 Mill. t SKE.

Werden diese Erdgasmengen 1975 auf dem Energiemarkt der Bundesrepublik abgesetzt, so bedeutet dies einen Anstieg des Erdgasanteils am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik von 1 vH im Jahre 1963 (Primärenergieverbrauch 250 Mill. t SKE) auf über 9 vH im Jahre 1975. Der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik wird 1975 voraussichtlich etwa 370 Mill. t SKE betragen. Hauptabnehmer der angebotenen Erdgasmengen werden die Verbrauchergruppen Industrie, Haushalts- und Kleinverbrauch sowie zu einem kleineren Teil die öffentliche Kraftwirtschaft sein.

Die im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Anschluß an das Energiegutachten von 1961 laufend durchgeführten Analysen über die strukturellen Entwicklungstendenzen des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik bzw. den Bundesländern haben folgende voraussichtliche Aufgliederung des Erdgasabsatzes im Jahre 1975 ergeben: 32,5 Mrd. Nm³ (à 4300 kcal) entfallen auf den industriellen Verbrauch, 18,5 Mrd. Nm³ werden im Sektor Haushalts- und Kleinverbrauch abgesetzt, und die öffentliche Kraftwirtschaft dürfte voraussichtlich 10,5 Mrd. Nm³ verbrauchen². Diese Vorausschätzungen sind das Ergebnis von Analysen der energiewirtschaftlichen Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik auf der Grundlage von Projektionen volkswirtschaftlicher Globalgrößen wie der Entwicklung des Bruttosozialprodukts, des Bevölkerungswachstums und der industriellen Nettoproduktion. Die Untersuchung berücksichtigt auch

regionale Aspekte — insbesondere die unterschiedliche Entwicklung von Bevölkerung und Wohnungsbestand.

Versucht man, die Eingliederung dieser Erdgasmengen in die energiewirtschaftliche Gesamtsituation der Bundesrepublik im Jahre 1975 zu beurteilen, so ist — insbesondere im Hinblick auf den Wettbewerb zwischen Erdgas und den kon-

Voraussichtlicher Erdgasverbrauch¹⁾ im Jahre 1975
in Mill. Nm³

Land	Industrie	Haushalts- und Kleinverbrauch	Öffentliche Kraftwirtschaft
Schleswig-Holstein	300	600	.
Hamburg	300	1 700	.
Bremen	200	300	.
Niedersachsen	3 300	2 500	.
Nordrhein-Westfalen	19 300	4 700	.
Rheinland-Pfalz	3 100	1 200	.
Hessen	1 800	2 400	.
Baden-Württemberg	1 200	2 700	.
Bayern	2 100	2 100	.
Saarland	900	300	.
Berlin	—	—	.
Bundesrepublik	32 500	18 500	10 500

¹⁾ Im Unterschied zur Bewertung des Angebotes werden die Verbrauchsdaten einheitlich mit 4300 Kcal je Nm³ umgerechnet.

ventionellen Energieträgern Steinkohle und Heizöl — von einem Substitutionswettbewerb des Erdgases in zwei Phasen auszugehen.

Die erste Phase — Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre — wird sich im wesentlichen innerhalb der Gaswirtschaft abspielen: Hier ist eine Substitution des in Zechen- und Hüttenkokereien bzw. Ortsgaswerken erzeugten Gases durch Erdgas zu erwarten. Erst in der zweiten Phase wird der Wettbewerb zwischen dem Erdgas und den festen sowie flüssigen Energieträgern ausgetragen.

Der Substitutionsvorgang in der ersten Stufe wird durch zwei Entwicklungstendenzen unterstützt: durch den Rückgang des spezifischen Koksverbrauchs bei der Erzeugung von Roheisen im Hochofenprozeß und den Rückgang des Koks-einsatzes als Brennstoff im Sektor Haushalts- und Kleinverbrauch. Beide Tendenzen führen aufgrund des abnehmenden Bedarfs an Koks zwangsläufig zu einem geringeren Angebot des Kuppelproduktes Gas. Diesem Rückgang des Kokereigasangebotes

² Vgl. U. Dolinski: „Der voraussichtliche Erdgasabsatz in der Bundesrepublik im Jahre 1975 — Versuch einer Marktanalyse“. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1968.

steht jedoch eine steigende Gasnachfrage gegenüber.

Nach Abschluß der ersten Phase stehen für den Wettbewerb zwischen Steinkohle und Heizöl einerseits und Erdgas andererseits nur noch rund 13 Mrd. Nm³ Erdgas — entsprechend etwa 15 Mill. t SKE — zur Verfügung. Diesen Vorausschätzungen über die künftige Wettbewerbssituation liegen Bedarfsrechnungen auf der Basis der Verbrauchsentwicklung in der Vergangenheit (ohne Berücksichtigung des Erdgases) und eine Analyse des zu erwartenden Gesamtangebots (einschließlich Erdgas) zugrunde.

Bezieht man die Erdgasmenge von 15 Mill. t SKE auf den Zuwachs des Primärenergieverbrauchs von 1966 bis 1975 in Höhe von rund 100 Mill. t SKE, so zeigt sich, daß derjenige Anteil des Erdgasangebots, der mit den festen und flüssigen Brennstoffen konkurrieren wird, nur zu einem geringen Teil an dem Zuwachs des Primärenergieverbrauchs beteiligt sein wird. Eine Störung des Energiemarktes bzw. eine ähnlich bedeutende Strukturveränderung auf dem Energiesektor, wie sie seinerzeit durch das Aufkommen des Heizöls eingeleitet wurde, wird vom Erdgas in Zukunft daher nicht zu erwarten sein.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt, Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel,
Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—